



Index	Last	Change (net/%)		Prev.	Index	Last	Change (net/%)		Prev.
DAX	13718,78	-42,60	-0,31	13761,38	DJ 30	30606,48	196,92	0,65	30409,56
MDAX	30796,26	-116,13	-0,38	30912,39	NASDAQ Cp	12888,28	42,92	0,33	12845,36
TEC DAX	3229,26	-1,45	-0,04	3230,71	Nikkei 225*	27257,8	-186,37	-0,68	27444,17
EuroStoxx50	3552,64	-18,95	-0,53	3571,59	Hang Seng*	27369,15	138,02	0,51	27231,13
Bund Future	177,63	-0,01	-0,01	177,64	Euro/US \$	1,2247	0,00	0,26	1,2215
Gold in \$*	1919,55	20,87	1,10	1898,673	Öl (Brent) \$*	52,5	0,70	1,35	51,8

*Daten von circa 06:00

Vorbörsliche Indikationen (07:00)				
DAX Indikation	13.715	-3	S&P Future	n/a
			NASDAQ Future	12.864,50

Aktie	Parität in €	Change € %		Schlusskurs Xetra in €	Schlusskurs NYSE in \$	Volumen NYSE
SAP AG	106,47	-0,75	-0,70%	107,22	130,39	378.957
Nokia OJ	3,19	0,02	0,60%	3,17	3,91	17.088.862

Unternehmenstermine (u.a.)						
Unternehmen	Ric	Anlass	Zeit	Gewinn/Verl. ¹	Umsatz ¹	EPS ¹
Heute keine wichtigen Unternehmenstermine						

¹ Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; ² Reuters: Umfrage; ³ gemäß Unternehmensangabe; ⁴ Reuters/Multex; ⁵ sonstige

Konjunkturtermine (u.a.)					
Land	Indikator	Monat	Uhrzeit	Schätzung	
D	PMI verarbeitendes Gewerbe, final	Dezember	09:55	58,6 (58,6)	
EWU	PMI verarbeitendes Gewerbe, final	Dezember	10:00	55,5 (55,5)	
USA	PMI verarbeitendes Gewerbe, final	Dezember	15:45	56,3 (56,5)	
USA	Bauinvestitionen (m/m)	November	16:00	1,0% (1,3%)	

¹ Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; ² CBS MarketWatch; ³ Börsenzeitung; ⁴ Handelsblatt; ⁵ FT; ⁶ Barron's

Wall Street Schlussbericht					
Volumen NYSE:	0,84 (0,76)		Volumen NASDAQ:	4,64 (4,59)	
10-jährige Bonds:	+ 0,0938	y 0,91 %	30-jährige Bonds:	+ 0,3750	y 1,64 %

Die **US-Börsen** haben das **Krisen-Jahr 2020** mit Rekorden beendet: Der **Dow-Jones-** und **S&P-500-Index** schlossen am Donnerstag jeweils auf **Höchstständen**. Auch im Quartal und beim Gesamtjahr stand am Ende an der Wall Street ein deutliches Plus. Dabei stach der **technologielastige Nasdaq-Index** hervor, der in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 43 Prozent zulegte.

"Das war ein ruhiger Tag mit wenigen Nachrichten und einem geringen Handelsvolumen", sagte David Carter von Lenox Wealth Advisors. "Ein ironisches Ende für ein so turbulentes Jahr." Der Dow Jones gewann 0,7 Prozent auf 30.606 Punkte. Die Nasdaq rückte 0,1 Prozent auf 12.888 Punkte vor und der S&P 500 legte 0,6 Prozent auf 3756 Punkte zu. Im Quartal ergab sich für den Dow ein Plus von 10,2 Prozent, von 11,7 Prozent beim S&P 500 sowie von 15,4 Prozent bei der Nasdaq.

Im **Gesamtjahr** legte der **Dow** damit um **7,3 Prozent** zu. Der breiter gefasste **S&P 500** erreichte ein **Plus von 16,3 Prozent** - und damit eine Zunahme von mehr als 66 Prozent von seinem tiefsten Stand am 23. März während der ersten Welle der Pandemie. Der **Anstieg von 43,6 Prozent** bei der **Nasdaq** ist für den Index das größte Plus seit 2009.

Kurz vor Handelsschluss hatte die Seuchenbehörde CDC einen neuen Rekord bei der Zahl der Todesfälle in den USA durch das Coronavirus bekanntgegeben. Analysten erklärten im Laufe des Tages, die Händler an der Wall Street seien angesichts des Verlaufs der Seuche mit dem Jahresplus des S&P zufrieden. "Die Impfkampagne rollt an und das ist eine positive Entwicklung", sagte Oliver Pursche, Präsident von Bronson Meadows Capital Management. Diese werde jedoch durch den jüngsten sprunghaften Anstieg der Fälle ausgeglichen.

Als einer der wichtigsten ersten Termine im neuen Jahr gelten die Stichwahlen für zwei Senatssitze im US-Bundesstaat Georgia. Dabei entscheidet sich am 5. Januar, ob die Republikaner oder die Demokraten die Kongresskammer die kommenden zwei Jahre kontrollieren. Sollten die Republikaner des scheidenden Präsidenten



Donald Trump ihre Mehrheit verteidigen, könnten sie die Politik seines demokratischen Nachfolgers Joe Biden ausbremsen. Biden soll am 20. Januar vereidigt werden.

US Unternehmen

Der US-Elektroautopionier **Tesla** hat 2020 mehr Fahrzeuge als von Experten erwartet ausgeliefert. 499.550 Autos waren es im vergangenen Jahr, wie das Unternehmen aus Kalifornien am Samstag mitteilte. Das selbst gesteckte Ziel von Konzernchef Elon Musk wurde damit nur knapp verfehlt: Er hatte eine halbe Million Auslieferungen angestrebt. Wall-Street-Analysten hatten mit 481.261 gerechnet. Musk schrieb auf Twitter, das Erreichen "dieses Meilensteins" mache ihn stolz auf das Tesla-Team. "Zu Beginn von Tesla dachte ich, wir hätten (optimistisch) eine zehnprozentige Chance, überhaupt zu überleben." (Reuters).

Der Autobauer **Tesla** hat nach eigenen Angaben mit dem Verkauf der China hergestellten Model Y Kompakt-SUVs begonnen. Sie würden in diesem Monat an die Kunden ausgeliefert, teilte der US-Konzern auf seiner Website mit. Tesla hatte Ende November die Genehmigung für den Verkauf des Fahrzeugs in China erhalten (Reuters).

Die beiden Autobauer aus den USA und Indien, **Ford** und **Mahindra**, habe ihr Gemeinschaftsunternehmen abgesagt. In getrennten Erklärungen verwiesen sie auf die Veränderungen in der Weltwirtschaft in den vergangenen 15 Monaten hin, darunter die Coronavirus-Pandemie. Am 31. Dezember lief eine Frist zum Abschluss der Verhandlungen ab (Reuters).

Marktmeldungen

HAPPY NEW YEAR!

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ein „frohes Neues Jahr 2021“ mit viel Gesundheit, Glück und Erfolg!

In **Deutschland** steigt die **Zahl der bekannten Infektionen** um 9847 auf knapp 1,78 Millionen, wie aus Daten auf der Internetseite des Robert-Koch-Instituts (RKI) hervorgeht. Die **Zahl der Todesfälle** legt demnach um 302 auf 34.574 zu (Reuters).

Unter den 16 Bundesländern gibt es nach Informationen der Nachrichtenagentur *Reuters* noch keine Einigung darüber, wie lange der bis 10. Januar geltende **Corona-Lockdown** verlängert werden soll. Unklar ist auch, ob es bei **Schulen** nach den in mehreren Bundesländern verlängerten Ferien zumindest wieder Präsenzunterricht für Grundschüler geben soll.

"Der Lockdown muss bis Ende Januar verlängert werden", sagte **Bayerns Ministerpräsident** Markus Söder der *"Bild am Sonntag"*. Statt für eine Verschärfung wegen der anhaltend hohen Infektionszahlen plädierte er aber für eine "konsequente Umsetzung" des jetzigen Konzepts, das eine Schließung von Geschäften, Gastronomie und Kultureinrichtungen vorsieht. In einigen Ländern werde aber nach wie vor auch eine zunächst kürzere Verlängerung erwogen, hieß es aus Verhandlungskreisen nach einer Beratung am Samstag. **Sachsens Landeschef** Michael Kretschmer signalisierte, dass ein Lockdown womöglich bis in den Februar hinein nötig sein könnte: "Die Erfahrungen unserer Nachbarn zeigen: Frühes Lockern führt zum sprunghaften Anstieg der Infektionen. Eine Verlängerung des Lockdowns in Sachsen bis mindestens Ende Januar ist daher unvermeidbar", schrieb der CDU-Politiker auf Twitter. Die **Ministerpräsidenten** von **Rheinland-Pfalz** und **Hessen**, Malu Dreyer und Volker Bouffier, schlossen zumindest Lockerungen aus (Reuters).

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder schließt eine weitere **Verlängerung des Lockdowns** auch über die bislang diskutierte Frist bis Ende Januar hinaus nicht aus. "Wir müssen den Lockdown leider bis Ende Januar verlängern", sagt er *Bild Live* laut redaktioneller Fassung. Auf eine Frage über eine etwaige nochmalige Verlängerung antwortet er demnach: "Es gibt nie Garantien, wie es weitergeht."

Die **Staatshilfen** und **öffentlichen Ausgaben** zur **Bewältigung der Corona-Krise** werden Bund und Länder allein 2020 rund 1,3 Billionen Euro kosten. Das berichtet das *"Redaktionsnetzwerk Deutschland"* (RND/Donnerstag) unter Berufung auf eine Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion. Darin enthalten sei der Gesamtbetrag "aller Hilfspakete, die in der Corona-Krise bislang seitens der Regierungen in Bund und Ländern auf den Weg gebracht wurden", die erwarteten Einnahme-Ausfälle durch die



Krise sowie die Summe der Garantien von rund 826,5 Milliarden Euro, die Bund und Länder gewährleisten. Für 2021 rechnet die Bundesregierung mit weiteren Corona-Folgekosten von rund 184 Milliarden Euro, die aber auch nicht oder unvollständig in Anspruch genommene Gelder aus dem Jahr 2020 beinhalten könnten.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat Vorschläge gebremst, beim **BioNTech-Impfstoff** nur einmal statt zweimal zu impfen, um mehr Menschen zu erreichen. "Das ist eine schwerwiegende Entscheidung, die man nur auf wissenschaftlicher Basis treffen kann", sagt der CDU-Politiker der *"Rheinischen Post"*. Er habe die Ständige Impfkommission um eine Empfehlung gebeten. Außerdem wies er die Forderung zurück, dass BioNTech seinen Impfstoff in Lizenz bei anderen Firmen herstellen lassen solle. "Wir unterstützen BioNTech dabei, zusätzliche Partner zu finden und in Marburg im Februar mit der weiteren Produktion starten zu können", sagt er. Es stünden in Deutschland und Europa aber keine ungenutzten Produktionsstätten herum.

Der **SPD-Gesundheitsexperte** Karl Lauterbach **erwartet im ersten Quartal sehr hohe Ansteckungs- und Totenzahlen**, zeigt sich aber zuversichtlich, dass 2021 insgesamt deutlich besser wird als 2020. "Wir werden jetzt die schlimmsten drei Monate der gesamten Pandemie mit hohen Infektions- und Todeszahlen vor uns haben", sagt er der *"Rheinischen Post"*. "Dann ist aber Licht am Ende des Tunnels erkennbar. Die Kombination aus mehr verfügbarem Impfstoff und besserem Wetter wird ab April hoffentlich für Entspannung sorgen." Wegen des gegenwärtigen Engpasses bei Impfstoffen dringt er auf eine raschere Zulassung des Mittels von **AstraZeneca** und der **Universität Oxford** durch die europäische Arzneimittelbehörde EMA. "Zur Not wäre bei Verzögerungen hier ein deutscher Alleingang sogar vertretbar."

Mediziner dämpfen die Hoffnung auf eine rasche Entspannung. Es müsse klar sein, "dass durch die Impfung zumindest in den ersten drei Monaten des neuen Jahres kaum Entlastung" zu erwarten sei, sagt die Vorsitzende des Marburger Bundes, Susanne Johna, der *Funke Mediengruppe*. Der Präsident der Vereinigung der Intensiv- und Notfallmediziner, Uwe Janssens, rechnet laut *"Rheinischer Post"* erst im Sommer mit einer nachhaltigen Entspannung auf den Intensivstationen. Ärztekammer-Präsident Klaus Reinhardt sagt *"Bild"*, man müsse den Menschen klarmachen "dass wir jetzt noch vor zwei, drei, vier Monaten stehen, die Anstrengungen von allen erfordern".

Der **Deutsche Städtetag** fordert von den 16 Bundesländern ein einheitliches **Vorgehen bei weiteren Corona-Maßnahmen**. Dies sei wichtig für das Vertrauen der Bürger, sagt Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy im *Deutschlandfunk* mit Blick auf das Bund-Länder-Spitzengespräch am Dienstag. Er rechne damit, dass der Lockdown den ganzen Januar durchgehalten werden müsse. Dedy spricht sich auch dafür aus, die Schulferien zu verlängern und die Kitas ebenfalls länger geschlossen zu halten.

Die **Kommunen** werden 2021 durch die Corona-Pandemie in 2021 nach Schätzungen des Deutschen Städtetages mindestens sieben Milliarden Euro weniger **Gewerbesteuer-Einnahmen** haben. Das wirke sich auf die kommunale Investitionsplanung aus, sagt Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy im *Deutschlandfunk*. Betroffen seien langfristige Programme für Schulen, Kitas, den öffentlichen Nahverkehr und Straßenbau. Deshalb bräuchten die Städte von Bund und Ländern ein Signal der Unterstützung.

Knapp zwei Wochen vor der Wahl des neuen CDU-Vorsitzenden haben Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ein Papier für die **Neuausrichtung der CDU** vorgelegt. In einem **Zehn-Punkte-Programm des "Teams Laschet Spahn"** mit dem Hashtag #Impulse 2021, das *Reuters* vorliegt, wird unter anderem ein "Belastungsmoratorium für die Wirtschaft" und ein Digitalministerium auf Bundesebene gefordert sowie "Null Toleranz bei Kriminalität und Extremismus" versprochen. Gefordert wird auch eine Schulpflichtverlängerung für 16-18jährige ohne Schulabschluss. In dem Papier wird mit Blick auf die CDU unterstrichen, dass sich die "ganze Breite der Gesellschaft in der Partei und in den Fraktionen auf allen Ebenen widerspiegeln" müsse. Zudem betonen Laschet und Spahn eine "klare Abgrenzung nach rechts".

CSU-Chef Markus Söder hat **Gespräche in der Union** über die **Kanzlerkandidatur** nach den Landtagswahlen im März angekündigt. "Zunächst wird über den CDU-Vorsitz entschieden. Dann muss sich die CDU sortieren und für die wichtigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Mitte März erfolgreich aufstellen", sagte der bayerische Ministerpräsident der *"Bild am Sonntag"*. "Danach werden die Parteivorsitzenden von CDU und CSU über die Kanzlerkandidatur sprechen."



Nach den Grünen befürwortet auch die **CSU-Landesgruppe** strengere deutsche **Klimaschutzziele**: Bis 2030 soll der Ausstoß des Treibhausgases CO₂ um 60 statt bisher 55 Prozent reduziert werden, wird in einem der Nachrichtenagentur *Reuters* vorliegenden Wirtschaftspapier für die Januar-Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Bundestag gefordert. Dabei sollen Ausgaben für die CO₂-Reduzierung oder Aufforstungsausgaben im Ausland aber mit angerechnet werden.

Im **Streit zwischen den USA und der Europäischen Union** (EU) über Subventionen für die Flugzeugbauer Airbus und Boeing dreht die US-Regierung wieder an der **Zollschraube**. Auf Einfuhren von Flugzeugbauteilen, bestimmte Weine sowie Cognacs und andere Brände aus Deutschland und Frankreich würden nun Abgaben erhoben, teilte das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) am Mittwoch (Ortszeit) mit. Einzelheiten würden "in Kürze" bekanntgegeben. Die EU habe zuvor Zölle gegen die Vereinigten Staaten falsch berechnet, die nach einem Urteil der Welthandelsorganisation (WTO) vom September im laufenden Streit zulässig waren. "Die EU muss Maßnahmen ergreifen, um diese Ungerechtigkeit auszugleichen." (Reuters).

Spanien und **Großbritannien** haben eine Grundsatzvereinbarung für **Gibraltar** erzielt. Die britische Exklave im Süden Spaniens trete dem Schengen-Raum bei, teilte die spanische Außenministerin Arancha Gonzalez Laya am Donnerstag mit. Damit werde vermieden, dass die Grenze zwischen Spanien und Gibraltar nach dem Brexit zu einer harten EU-Außengrenze werde. Tausenden Spaniern und Gibraltarern würden damit Passkontrollen erspart. Die Details der Lösung sollen während einer Übergangsfrist in den nächsten sechs Monaten ausgehandelt werden. Der britische Premierminister Boris Johnson begrüßte die Einigung. Großbritannien werde weiterhin die Interessen von Gibraltar und der britischen Souveränität wahren, twitterte er (Reuters).

Irischen Gesundheitsbehörden zufolge fehlen in der amtlichen **Statistik** deutlich mehr Fälle als zunächst angenommen. Mehr als 9000 positive Tests tauchten dort noch nicht auf, erklärt das National Public Health Emergency Team. Am Vortag sprachen die Behörden von 4000 fehlenden Fällen. Hintergrund ist eine hohe Zahl von positiven Tests seit Weihnachten, das Meldesystem ist überlastet. Am Freitag wurden 1754 Neuinfektionen erfasst, ein Rekord (Reuters).

Großbritannien hat den **Brexit vollzogen**. Nach 48 Jahren Mitgliedschaft in der Europäischen Union verließ das Land am 31.12.2020 um Mitternacht nun auch den Binnenmarkt und die Zollunion der Gemeinschaft. Das sei ein unglaublicher Moment für Großbritannien, sagte Premierminister Boris Johnson in seiner Neujahrsansprache. "Wir haben unsere Freiheit in unseren Händen und es liegt an uns, das Beste daraus zu machen." Wie genau er die neu gewonnene Freiheit nutzen will, ließ Johnson jedoch bislang weitgehend offen (Reuters).

In **Großbritannien** wird der **Lockdown** nach den Worten von Premierminister Boris Johnson möglicherweise verschärft. Es könne sein, dass in einigen Landesteilen härtere Maßnahmen ergriffen werden müssten, sagt er der BBC. Am Montag seien 530.000 Dosen des AstraZeneca-Impfstoffes einsatzbereit. Er hoffe, dass im Laufe der nächsten drei Monate zig Millionen Dosen verabreicht werden könnten (Reuters).

Schottland wird einer Zeitung zufolge heute einen neuen **Lockdown** ausrufen. Dabei solle die Eröffnung der Schulen nicht vor dem 18. Januar erfolgen, berichtet *"The Times"*. Schottlands Regierungschefin Nicola Sturgeon hat für heute eine Kabinettsitzung angesetzt und das Parlament wieder einberufen.

Frankreich verschärft in einigen Landesteilen die **abendliche Ausgangssperre**. In 15 Departements im Nord- und Südosten begann diese ab Samstag bereits um 18.00 Uhr statt wie bisher um 20.00 Uhr, wie die Regierung mitteilte. Nach einer Woche werde überprüft, wie sich die Maßnahme auf Verbreitung des Coronavirus auswirke (Reuters).

Norwegens Ministerpräsidentin Erna Solberg kündigt **weitere Einschränkungen** zur Eindämmung des Virus an. Die kommenden zwei Wochen müsse das Sozialleben heruntergefahren werden, sagt sie auf einer Pressekonferenz, damit die Epidemie nicht außer Kontrolle gerate (Reuters).



In den **USA** ist die **Zahl der Infektionsfälle** binnen 24 Stunden um mindestens 194.167 auf rund 20,52 Millionen gestiegen. Das ergibt eine Reuters-Zählung auf Basis offizieller Daten. Die **Zahl der Todesfälle** in Zusammenhang mit dem Coronavirus stieg um mindestens 1359 auf 351.480 (Reuters).

Die zuerst in Großbritannien nachgewiesene, **ansteckendere Variante des Coronavirus** breitet sich in den **USA** weiter aus. Nach Kalifornien und Colorado sei sie nun in Florida nachgewiesen worden, teilt die Gesundheitsbehörde des Bundesstaates mit (Reuters).

Der **US-Seuchenexperte** Anthony Fauci rechnet in rund neun Monaten mit einer "**Herdenimmunität**" gegen das Coronavirus in den USA. Er gehe davon aus, dass trotz Problemen zu Beginn der Impfkampagne bis Herbst 2021 ausreichend Menschen geimpft seien, um "einen Anschein von Normalität" zurückzugewinnen, so Fauci (Reuters).

Der **US-Kongress** hat erstmals ein **Veto von Präsident Donald Trump** gebrochen. Knapp drei Wochen vor dem Ende seiner Amtszeit stimmte der von seinen Republikanern beherrschte **Senat** am Freitag mit großer Mehrheit für einen **Verteidigungshaushalt**, den Trump blockiert hatte. Die Demokraten im Repräsentantenhaus hatten den Präsidenten am Montag überstimmt. In dem National Defense Authorization Act (NDAA) sind auch Passagen enthalten, die den von Trump geforderten Truppenabzug aus Deutschland erschweren. Die Abstimmung im Senat dürfte die letzte in dieser Legislaturperiode sein. Damit wäre der Versuch von Trump und den Demokraten gescheitert, die direkte Coronavirus-Hilfe für US-Bürger auf 2000 Dollar aufzustocken (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat einer Zeitung zufolge von den Behörden in **Georgia** eine Änderung des **Ergebnisses der Präsidentenwahl** in dem Bundesstaat verlangt. Die "*Washington Post*" berichtete am Sonntag unter Berufung auf eine Tonaufnahme, Trump habe den für die Wahl zuständigen Innenminister des Staates, Brad Raffensperger, in einem Telefonat unter Druck gesetzt. Die Menschen in Georgia und in den USA seien wütend, zitierte das Blatt den Präsidenten. "Und es ist nichts Falsches daran zu sagen, dass Sie neu berechnet haben", habe Trump zum Wahlergebnis erklärt. "Alles, was ich tun möchte, ist folgendes: Ich möchte nur 11.780 Stimmen finden", hieß es weiter. Dem Blatt zufolge wies Raffensperger Trumps Darstellungen zurück (Reuters).

Der **chinesische Außenminister** Wang Yi sieht die **Beziehungen zwischen der Volksrepublik und den USA** an einer "neuen Wegscheide". Nach einer Phase "beispielloser Schwierigkeiten" könnten sie nun auf den richtigen Weg zurückkehren, sagte er am Samstag in einem gemeinsamen Interview der chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua* und anderer Staatsmedien. Die jüngste US-Politik gegenüber China habe die Interessen beider Länder verletzt und der Welt enorme Gefahren gebracht. Jetzt aber hätten beide Seiten die Möglichkeit, eine neue Runde des Dialogs zu beginnen (Reuters).

Japan will Ministerpräsident Yoshihide Suga zufolge bis Ende Februar mit **Impfungen** beginnen. Er kündigt zudem an, einen **Notstand in Tokio und umgebenden Provinzen** zu prüfen. Diese bereits in den Medien verbreitete Ankündigung lastet auf der Tokioter Börse. Japan verzeichnete am 31. Dezember gut 4500 Neuinfektionen, ein Rekord (Reuters).

Die in Großbritannien aufgetretene **Coronavirus-Mutation** ist erstmals in **China** nachgewiesen worden. Sie sei bei einer 23-jährigen Studentin entdeckt worden, die von Großbritannien nach China zurückgekehrt sei, heißt es in einer Publikation der chinesischen Seuchenbehörde. Die Frau sei bereits am 14. Dezember in Shanghai getestet worden (Reuters).

Die **Industrie in China** wächst langsamer. Das zeigt der am Montag veröffentlichte Caixin/Markt-Einkaufsmanagerindex (PMI). Er fiel im Dezember auf 53,0 (November: 54,9) Punkte. Von *Reuters* befragte Analysten hatten mit einem Rückgang auf 54,8 Punkte gerechnet. Werte über 50 Punkten zeigen Wachstum an.

Die vom Handel abhängige Wirtschaft von **Singapur** erlitt 2020 die schlimmste **Rezession** in der Geschichte des asiatischen Staates: Die Finanzmetropole verzeichnete einen Rückgang des BIP um 5,8 Prozent. Die Regierung hatte ein Minus von bis zu 6,5 Prozent vorhergesagt (Reuters).



Automobiles & Parts

Audi-Chef Markus Duesmann lehnt **Corona-Hilfen des Staates** für seine Branche ab. "Die Automobilindustrie weiter zu fördern, hielte ich für vermessen", sagt er der *"Süddeutschen Zeitung"* (Samstagsausgabe). "Corona nimmt uns unsere Gewinne komplett weg, ok. Aber fast alle Firmen - Hersteller wie Zulieferer - können überleben." Anders sei es etwa in der Gastronomie und der Veranstaltungsbranche, wo viele Firmen wohl dauerhaft schließen müssten. "Das tut mir super weh. Das ist tragisch. Tragisch ist nicht, dass wir zehn Prozent weniger Umsatzvolumen haben. Das verkraften wir, und danach geht es weiter."

Die **Daimler** Lkw-Tochter hat in den USA ein Bußgeld von bis zu 30 Millionen Dollar für ihren Umgang mit einer Rückrufaktion akzeptiert. **Daimler Trucks North America** müsse zehn Millionen Dollar direkt zahlen, teilte die US-Verkehrssicherheitsbehörde NHTSA am Donnerstag mit. Sie wirft Daimler vor, Fahrzeuge zu spät zurückgerufen und nicht alle nötigen Berichte vorgelegt zu haben. Fünf Millionen Dollar müsse Daimler in Programme investieren, die bei der Entdeckung von möglichen Sicherheitslücken helfen sollen. Sollte Daimler sich nicht an die Abmachungen halten, drohten weitere 15 Millionen Dollar Strafe. "Wir begrüßen, dass wir die Angelegenheit beilegen können", teilte Daimler Trucks mit. Das Unternehmen konzentrierte sich darauf, sichere, effiziente und verlässliche Fahrzeuge zu bauen (Reuters).

Der Autobauer **Nissan** will einer Zeitung zufolge sein Werk Avila in Spanien schließen und zu einem Lagerhaus umfunktionieren. Verkauf und Herstellung der Fahrzeuge sollen laut *"Yomiuri"* an den Partner **Renault** ausgelagert werden. In Osteuropa sei zudem eine Kappung der Vertriebswege geplant. Die Maßnahmen seien Teil eines weltweiten Sanierungsplans (Reuters).

China zahlt ab dem kommenden Jahr weniger **Beihilfen für Elektroautos**. Die Zuwendungen für Fahrzeuge mit "neuen Antrieben" (NEV) würden um 20 Prozent gekürzt, teilte das Finanzministerium am Donnerstag mit. Für Autos und Busse für den öffentlichen Sektor, zu dem auch Taxis gehören, sind es zehn Prozent. Subventionen und Steuernachlässe solle es aber auch 2022 noch geben. China erwartet, dass der Absatz der Fahrzeuge mit alternativen Antrieben 2021 auf 1,8 Millionen steigt, nach 1,3 Millionen in diesem Jahr (Reuters).

Banks

Der Chef des Geldhauses **Deutsche Bank**, Christian Sewing, sieht nach eigenen Angaben sein Unternehmen auf Kurs, bei einer **Konsolidierung der europäischen Finanzindustrie** eine aktive Rolle zu spielen. "Im Vergleich stehen wir immer besser da", sagte Sewing der *"Welt am Sonntag"* (Onlineausgabe). Dies schaffe die Voraussetzungen, bei einer etwaigen Konsolidierung der Branche in Europa mit am Tisch zu sitzen "und das nicht nur als Juniorpartner", sagte er. Im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden liege die Deutsche Bank bei Erträgen und Kosten "absolut im Plan".

Financial Services

Trotz der ultralaxen **Geldpolitik im Euro-Raum** können die Staaten laut Bundesbank-Präsident Jens Weidmann nicht auf Dauer mit **Niedrigzinsen** rechnen. "Die Politik hat ja in dieser Krise im Großen und Ganzen richtig gehandelt. Sie sollte sich nur nicht darauf verlassen, dass die Notenbanken die Zinsen für immer niedrig halten werden", sagte er der *"Rheinischen Post"* vom Donnerstag. Wenn der Preisausblick es erfordere, müsse auch die Zinswende kommen, betonte Weidmann. Auf die Frage nach einer zeitlichen Prognose für die Zinswende sagte er: "Laut unseren jüngsten Prognosen dürfte der Preisauftrieb im Euroraum in den nächsten Jahren eher verhalten bleiben. Bis zu einer Zinswende kann es also noch dauern."

Die **Bitcoin**-Rekordjagd geht weiter: Die älteste und wichtigste Digital-Währung übersprang am Samstag erstmals die Marke von 30.000 Dollar. Sie kletterte zum Jahresauftakt auf bis zu 33.099 Dollar. Erst am 16. Dezember hatte die Cyber-Devisen die Schwelle von 20.000 Dollar überstiegen. Insgesamt legte sie 2020 mehr als 300 Prozent an Wert zu (Reuters).

Die **New Yorker Börse** hat die **Streichung von drei chinesischen Telekomfirmen** vom Kurszettel in die Wege geleitet. Der Ausschluss von **China Telecom**, **China Mobile** und **China Unicom** (Hong Kong) beruht auf einer Verordnung des US-Präsidenten Donald Trump vom November, die US-Investitionen in vom chinesischen Militär kontrollierte Firmen verbietet. China hat die Maßnahme kritisiert, die einige der größten Firmen des Landes betrifft (Reuters).



Health Care

Die **Gesamtzahl der in Deutschland geimpften Menschen** ist nach Angaben des Robert-Koch-Instituts bis Sonntagmorgen 08.00 Uhr auf 238.809 gestiegen. Am Samstag seien 40.665 weitere Personen geimpft worden, teilt das RKI mit (Reuters).

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder fordert einer Zeitung zufolge eine möglichst rasche **Impfung von Politikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens**, um die Impfbereitschaft zu erhöhen. "Zu viele Fake News geistern immer noch durch das Netz", sagte Söder der *"Bild am Sonntag"*. Daher sei es nötig, "dass in naher Zukunft die Spitzen des Staates und der Bundesländer sowie andere Personen des öffentlichen Lebens als Vorbilder mit gutem Beispiel vorangehen".

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder spricht sich dafür aus, den **Impfstoff** falls möglich "sogar in Lizenz bei anderen Firmen in Deutschland" herstellen zu lassen um die Impfkampagne zu beschleunigen. Die EU habe zu wenig Impfstoff bestellt und auf die falschen Hersteller gesetzt, hieß es in der *"Bild am Sonntag"* weiter.

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig fordert von der Bundesregierung mehr Anstrengungen bei der Bereitstellung von **Corona-Impfstoff**. "Wir könnten deutlich mehr Menschen impfen, wenn mehr Impfstoff zur Verfügung stehen würde, um insbesondere ältere Menschen mit einem hohen Risiko möglichst schnell vor dem Coronavirus zu schützen und damit das Gesundheitssystem zu entlasten", sagt die SPD-Politikerin dem *RedaktionsNetzwerk Deutschland*. "Deutschland darf im Vergleich zu anderen Ländern bei der Bereitstellung des Impfstoffs nicht hinterherhinken."

Die Bundesländer erhalten nach Angaben des **Bundesgesundheitsministeriums** bis Anfang Februar weitere 2,68 Millionen Dosen des **BioNTech-Impfstoffs**. Liefertermine seien am 8., 18. und 25. Januar sowie am 1. Februar vorgesehen, teilt das Ministerium auf *Twitter* mit. Im Dezember seien bereits 1,3 Millionen Dosen geliefert worden. "Am 6. Januar rechnen wir - Stand heute - zudem mit einer Zulassung des **Moderna-Impfstoffes**." Die genauen Lieferpläne für diesen Impfstoff würden dann zügig mit der EU und dem Unternehmen abgestimmt (Reuters).

Der Pharmakonzern **AstraZeneca** will einer Zeitung zufolge in **Großbritannien** ab Mitte Januar jede Woche etwa zwei Millionen Impfdosen ausliefern. "Bis zur dritten Januarwoche sollten wir bei zwei Millionen pro Woche liegen", zitiert *"The Times"* einen namentlich nicht genannten Mitarbeiter des Teams, das zusammen mit der Universität Oxford den Impfstoff entwickelt. Eine Stellungnahme von AstraZeneca liegt nicht vor.

Die **US-Seuchenbehörde** CDC hat nach eigener Darstellung landesweit bislang **4,2 Millionen Impfdosen verabreicht** und knapp 13,1 Millionen ausgeliefert. Eingesetzt wurden dabei die Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und Moderna. In den USA leben etwa 328 Millionen Menschen (Reuters).

In **Mexiko** ist eine **Ärztin** nach Behördenangaben in eine Intensivstation eingewiesen worden, nachdem sie mit dem **Pfizer-BioNTech-Vakzin** geimpft wurde. "Die erste Diagnose lautet Enzephalomyelitis", teilt das Gesundheitsministerium mit. Dabei handelt es sich um eine **Entzündung des Gehirns und des Rückenmarks**. Das Ministerium weist darauf hin, dass die 32-Jährige in der Vergangenheit allergische Reaktionen gehabt habe und dass es keine Hinweise aus klinischen Studien gebe, wonach eine Person nach der Anwendung des Impfstoffs eine Entzündung des Gehirns entwickelt habe (Reuters).

Indien gibt den von **AstraZeneca** und der **Universität Oxford** entwickelten **Corona-Impfstoff** per Notfallzulassung frei. Das bestätigt die Regierung. Es ist der erste Impfstoff, der in Indien eingesetzt werden darf (Reuters).

Der Impfstoff des chinesischen Arzneimittelherstellers **Sinopharm** erhält eine **bedingte Zulassung** in der Volksrepublik. **China** könne "zur Bewältigung schwerwiegender Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit" eine bedingte Zulassung für Vakzine erteilen, selbst wenn deren klinische Studien noch nicht abgeschlossen seien, wenn die Vorteile die Risiken überwiegen würden, begründet ein Beamter der chinesischen Arzneimittelbehörde die Genehmigung (Reuters).



Industrial Goods & Services

Der Chef der Zug-Sparte von **Bombardier** nimmt der Belegschaft in Deutschland die Sorge vor einem großangelegten Stellenabbau nach der Übernahme durch **Alstom**. "Unsere Bücher sind prallvoll mit Aufträgen, wir brauchen unsere deutschen Ingenieure und Fabriken, um die abzuarbeiten. Die nächsten zwei bis drei Jahre geht es allein darum", sagte Danny Di Perna, Chef vom Bombardier Transportation, der "*Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*" (FAS). "Nach heutigem Kenntnisstand braucht es auf absehbare Zeit kein Restrukturierungsprogramm. Aber selbstverständlich optimieren wir die Organisation fortlaufend."

Insurance

Der französische Versicherer **Axa** verkauft für 165 Millionen Euro seine Geschäfte in Griechenland an den italienischen Konkurrenten **Generali**. Axa, Europas zweitgrößter Versicherer hinter der Münchener Allianz, erwartet den Abschluss der Transaktion bis zum Ende des zweiten Quartals 2021. Das Vorhaben sei Teil der Strategie zur Optimierung der Geschäfte und der Steigerung des Ertrags (Reuters).

Oil & Gas

Die **Opec** warnt angesichts der Corona-Krise vor **zahlreichen Abwärtsrisiken für die Ölmärkte** in der ersten Jahreshälfte 2021. "In einer Reihe von Ländern bestehen weiterhin Beschränkungen für die soziale und wirtschaftliche Aktivität, und es gibt Sorgen über die Entstehung eines schädlichen neuen Virusstamms", sagte Generalsekretär Mohammed Barkindo am Sonntag. Die Weltwirtschaft könne sich in der zweiten Jahreshälfte stark erholen, aber die Reise-, Tourismus-, Freizeit und Gastgewerbe-Sektoren könnten Jahre brauchen, um auf das Vor-Krisen-Niveau zurückzukehren (Reuters).

Travel & Leisure

Der Flugzeugbauer **Airbus** hat die Europäische Union nach der **US-Ankündigung neuer Strafzölle** zum Handeln aufgefordert. Airbus vertraue darauf, dass Europa angemessen auf den US-Vorstoß reagieren und seine Interessen verteidigen werde, teilte der Konzern am Donnerstag mit. Dabei gehe es auch um die Interessen aller Unternehmen und Branchen aus Europa, die von den unberechtigten und kontraproduktiven Zöllen der USA betroffen seien (Reuters).

Irland will das Verbot für **Einreisen aus Großbritannien** am 06. Januar aufheben. Stattdessen sind eine Reihe von strengen Vorschriften vorgesehen, mit denen eine Ausbreitung des Virus eingedämmt werden soll, wie Außenminister Simon Coveney dem "*Irish Independent*" sagt. Flugpassagiere, die nicht wegen dringender geschäftlicher Gründe ins Land kommen, müssen etwa einen negativen Coronatest vorweisen. Auch sollen sie nach ihrer Ankunft zunächst weitestgehend vor Ort bleiben (Reuters).

Die **Philippinen** lassen ab Sonntag keine aus den **USA** kommenden ausländischen Reisenden mehr ins Land. Grund ist eine nun auch in Florida aufgetauchte neue, ansteckendere Variante des Coronavirus. Das Einreiseverbot gilt bis zum 15. Januar, wie ein Sprecher von Präsident Rodrigo Duterte mitteilt (Reuters).

Saudi-Arabien hebt nach zwei Wochen ein **Einreiseverbot** auf, das wegen der neuen, ansteckenderen Variante des Virus erlassen wurde. Die Sperre endete am Sonntag, meldet die staatliche Nachrichtenagentur (Reuters).



Kontakte Steubing AG

Morning News:

Alexander Dietzer
+49 (0) 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung:

Holger Gerwalt Michael Heidn
+49 (0) 69 29716 176 +49 (0) 69 29716 131
Wolfgang Schroth
+49 (0) 69 29716 144

Advisory and Structured Products:

Adrian Peter Hurler
+49 (0) 69 29716 158
adrian.hurler@steubing.com

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0) 69 29716 0
Fax: +49 (0) 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Haftungsausschluss:

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

©Steubing AG/Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
53117 Bonn
Deutschland

und

Marie-Curie-Str. 24-28
60439 Frankfurt
Deutschland